



# HESSISCHER LANDTAG

02. 08. 2023

## Kleine Anfrage

**Sabine Waschke (SPD) vom 10.05.2023****Europawahl 2024****und**

## Antwort

**Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund**

### Vorbemerkung Fragestellerin:

Die nächste Europawahl findet 2024 statt. Bei dieser werden 16- und 17-Jährige erstmals das aktive Wahlrecht für die Wahl zum Europäischen Parlament ausüben dürfen. Dies ist ein historischer Moment. Denn es ist das erste Mal, dass 16- und 17-Jährige in Hessen überhaupt die Möglichkeit haben, an einer staatlichen Wahl zu legislativen Parlamenten teilzunehmen. Lediglich mit Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und anderer Gesetze vom 8. Juni 1998 (GVBl. I S. 214) wurde für einen kurzen Zeitraum das Wahlalter für Kommunalwahlen herabgesenkt.

### Vorbemerkung Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:

Für die Hessische Landesregierung ist das Werben für die europäische Idee ein wichtiger Bestandteil ihrer europapolitischen Arbeit. Durch unterschiedlichste Veranstaltungsformen werden europäische Themen in Schulen, Universitäten, in Vereinen und in vielen anderen Institutionen angesprochen. So gab es zum Beispiel im Rahmen der diesjährigen Europawochen einen Flashmob vor dem Hessischen Landtag, an dem sich fast 500 Schülerinnen und Schüler aus Hessen beteiligten und so ein eindrucksvolles Zeichen für ein friedliches Europa gesetzt haben. Durch die Auslosung von HessenRail-Tickets oder das Hey, Europe! Festival werden zudem insbesondere Veranstaltungsformate und Aktionen für junge Menschen angeboten. Das Werben für die Werte der Europäischen Union, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und für Menschenrechte ist für die Landesregierung deshalb nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt oder mit Blick auf Europawahlen begrenzt, sondern eine Daueraufgabe, die von allen Ressorts getragen und unterstützt wird.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, dem Minister der Finanzen, dem Minister des Innern und für Sport, dem Minister der Justiz, dem Kultusminister, der Ministerin für Wissenschaft und Kunst, dem Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie dem Minister für Soziales und Integration wie folgt:

- Frage 1. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um über die Europawahl 2024 zu informieren?
- Frage 2. Plant die Landesregierung eine eigenständige Kampagne zur politischen Bildung?
- Frage 3. Welche Maßnahmen wird die Hessische Landesregierung im Allgemeinen ergreifen, um über die Aufgaben, Funktion und Bedeutung der Wahl zum Europäischen Parlament aufzuklären und zur Wahlteilnahme zu motivieren?
- Frage 4. Welche Maßnahmen wird die Hessische Landesregierung ergreifen, um die Struktur, Funktion der EU und ihrer Institutionen aufzuklären?
- Frage 5. Wie wird die Hessische Landesregierung ihrer Verantwortung gemäß Art. 67 der Hessischen Verfassung in einem vereinten Europa, das demokratischen Grundsätzen verpflichtet ist, mit Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament gerecht?

Die Fragen 1 bis 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wie vorangestellt, beschränkt sich das Werben für die europäische Idee nicht auf eine bestimmte Wahl, sondern wird als Daueraufgabe der Landesregierung angesehen. Dadurch wird die Landesregierung ihrer Verantwortung gem. Art. 64 Abs. 2 der Hessischen Verfassung gerecht.

Dabei werden in unterschiedlichen Formaten verschiedene Zielgruppen angesprochen. Die Bandbreite reicht von Gesprächsreihen mit EU-Botschaftern zu aktuellen politischen Fragen über Fachveranstaltungen mit den Europe Direct-Zentren in Hessen bis hin zu Diskussionsveranstaltungen an Schulen oder in Vereinen. Die Veranstaltungen werden regelmäßig dazu genutzt, auch ausführlich über die Funktionsweise der Europäischen Union zu informieren. Insbesondere gibt es Angebote für junge Hessinnen und Hessen, sich nicht nur über Europa zu informieren, sondern sich selbst zu engagieren. Im Rahmen des Hey, Europe! Festivals am 24.09.2022 kamen zum Beispiel rund 400 Jugendliche aus ganz Hessen zusammen, um mit Politikerinnen und Politikern wie den Vizepräsidentinnen des Europäischen Parlaments, Dr. Katarina Barley und Nicola Beer, aber auch mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, des Hessischen Landtages und Mitgliedern der Landesregierung sowie mit weiteren Expertinnen und Experten über die Zukunft Europas zu diskutieren.

Das Hey, Europe! Festival war dabei kein singuläres Ereignis, sondern nur der Höhepunkt in den Bemühungen der Landesregierung, insbesondere junge Menschen auf vielfältige Weise für Europa zu begeistern. Im Rahmen ihrer europapolitischen Maßnahmen arbeitet die Landesregierung mit den derzeit rund 800 Partnern des von der Europaministerin ins Leben gerufenen Netzwerks für Europa und auch mit Institutionen wie „Pulse of Europe“ oder den Europe Direct-Zentren zusammen und unterstützt die europapolitische Arbeit von Vereinen und Institutionen im Rahmen von Projektförderungen mit bis zu 200.000 € im Jahr.

Diese fortlaufenden Aktivitäten der Landesregierung können dabei auf schulischen Inhalten über den Aufbau, die Struktur und die Geschichte der Europäischen Union aufbauen und werden durch entsprechende Publikationen und Social-Media-Auftritte anderer Institutionen, so etwa der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ), untermauert.

Insbesondere mit Blick auf die Altersgruppe der Erst- und Jungwählerinnen und -wähler bei der Europawahl 2024 kann auf eine ausführliche und fundierte schulische Ausbildung verwiesen werden. Die entsprechenden Kerncurricula für die Jahrgangsstufe 7 (7.2-Demokratie und politische Beteiligung) und die Jahrgangsstufe 10 (10.1-Parlamentarische Demokratie und 10.2-Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung) legen das Orientierungswissen fest und werden gegebenenfalls durch schulinterne Curricula ergänzt. Neben dem regulären Unterricht wird das Thema Europa zudem auch an Projekttagen, im Rahmen der Europawochen oder, mit Blick auf die Europawahl, bei sogenannten Juniorwahlen aufgegriffen.

Die Europawahl im Jahr 2024 wird deshalb sowohl bei der Planung des Bereichs der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten als auch bei den anderen Institutionen sowie im schulischen Unterricht entsprechend Berücksichtigung finden.

- Frage 6.
- a) Welche Funktionen wird die Landeszentrale für politische Bildung für die Europawahl 2024 übernehmen?
  - b) Welche Publikationen in welcher Auflage bzw. in welchen Sozialen Netzwerken hält die Landesregierung für erforderlich?

Zur Europawahl 2024 wird es wieder eine eigenständige Kampagne der HLZ geben, bei der den Bürgerinnen und Bürgern Plakate und Infomaterialien rund um die Wahl zur Verfügung gestellt werden. Dies wird sowohl in Printform als auch auf digitalen Kanälen (Homepage, Social-Media-Kanäle – Facebook, Instagram, Twitter, Mastodon) geschehen.

Begleitend dazu werden aktuelle Publikationen zu Europa im Publikationsverzeichnis (analog und digital) angeboten. Veranstaltungen und Audiobeiträge zum Thema sind in der Planung. Um die Zielgruppe der Jugendlichen ab 16 Jahren zu erreichen und zu aktivieren, sollen hier vor allem die Social-Media-Kanäle genutzt werden. Die konkreteren Planungen für die Kampagne beginnen im August 2023.

- Frage 7. Sind spezifische Maßnahmen geplant, um die 16- und 17-jährigen zur Wahlteilnahme zu motivieren?

Es wird auf die Vorbemerkung und auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 6 verwiesen. Darüber hinaus wurde das Thema bereits in den unterschiedlichen Veranstaltungsformaten für junge Hessinnen und Hessen behandelt. So hat die Europaministerin anlässlich des Europatages an einer Podiumsdiskussion an der Karl-Rehbein-Schule in Hanau teilgenommen, die unter anderem das Wahlalter bei der Europawahl zum Thema hatte. Eine gezielte Kampagne nur für unter 18-jährige Personen ist derzeit nicht vorgesehen.

Frage 8. Sieht die Landesregierung das Erfordernis, 16- und 17-Jährige spezifisch über die Grundsätze, Ziele, Entscheidungsstruktur, Gremien in der EU und damit die Relevanz der Wahlentscheidung zum Europäischen Parlament aufzuklären bzw. darüber zu informieren?

Frage 9. Wenn ja: Wie plant die Landesregierung dies umzusetzen?

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 7 verwiesen. Darüber hinaus werden die wesentlichen Aspekte zur Arbeitsweise und Geschichte der Europäischen Union bereits ausführlich im schulischen Unterricht dargestellt. Dies ist eine sehr gute Grundlage, um politische Forderungen und Positionen entsprechend einzuschätzen. Die derzeitigen Lehrpläne stellen sicher, dass am Ende der Sekundarstufe I im Übergangprofil unter anderem grundlegende Kenntnisse und Orientierungswissen hinsichtlich der politischen Ordnung, der parlamentarischen Demokratie, der Partizipation und der Menschenrechte sowie der internationalen Beziehungen auch mit Blick auf die Europäische Union vermittelt werden. So werden zum Beispiel in der gymnasialen Oberstufe im Fach Politik und Wirtschaft in der Q.1 unter anderem die Europäischen Institutionen, der Europäische Gerichtshof, die Wahlen zum Europaparlament, die Rechtsetzung im politischen Mehrebenensystem Europas sowie das Spannungsfeld der Europäischen Union zwischen partizipatorischem Anspruch, demokratischer Teilhabe und Exekutivföderalismus behandelt. Die hessischen Europaschulen führen zudem regelmäßig modellhafte Projekte zur demokratischen Mitbestimmung innerhalb und außerhalb der eigenen Institutionen durch. Dazu gehören unter anderem Fahrten in die politischen Zentren der Europäischen Union.

Wie bereits in den Antworten zu den übrigen Fragen dargestellt, wird dem Kommunikationsverhalten und den Informationsquellen von Jugendlichen Rechnung getragen. Wahlinformationen, Publikationen und sonstige europapolitische Inhalte werden auch im Kontext der Europawahl über die sozialen Medien veröffentlicht. Im schulischen Betrieb wird dabei darauf hingearbeitet, dass die Schülerinnen und Schüler eigene Deutungsmuster zu politischen, sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen entwickeln, um Inhalte selbständig zu hinterfragen, zu überprüfen und zu bewerten. Dabei werden auch die Themen Fake News und Propaganda thematisiert, um etwaige Auswirkungen auf die Europawahlen zu vermeiden.

Wiesbaden, 31. Juli 2023

**Lucia Puttrich**